

Es gilt das gesprochene Wort!

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Statement
Neujahrspressekonferenz
12. Januar 2004

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind. Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein gutes neues Jahr.

Für die Menschen in unserem Land hoffe ich, dass die wohl schwerste Wirtschaftskrise der vergangenen 50 Jahre nun endlich zu Ende geht. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten endlich wieder gute Nachrichten. Deutschland muss aus dieser depressiven Grundstimmung heraus kommen, die sich wie Mehltau über unser Land gelegt hat.

Allerdings nicht mit unsinnigen Vorschlägen deutscher Nebenverdienst-Professoren wie Herr Sinn.

Das vergangene Jahr war denn auch kein gutes Jahr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nicht nur, dass die Zahl der Arbeitslosen weiter auf Rekordniveau verharrt.. Zahlreiche so genannte Reformen haben die Stimmung in Deutschland verdüstert. Auf abhängig Beschäftigte und Arbeitslose kommen Belastungen zu, die viele Menschen als einen massiven Eingriff wenn nicht sogar als einen Angriff auf ihre Lebensverhältnisse erfahren oder noch erfahren werden. Die Stimmung bei den Betroffenen ist mies.

Und sie weisen ihre Ablehnung eindeutig der rot-grünen Bundesregierung zu, obwohl eine ganz große Koalition den Sozialabbau zu verantworten hat.

Die Gewerkschaften konnten sich 2003 gegen eine faktische große Koalition nur begrenzt durchsetzen. Ein klarer Erfolg war die Verteidigung der Tarifautonomie. Hunderttausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, nicht organisierte Beschäftigte und viele vernünftige Arbeitgeber haben sich in den vergangenen Monaten stark gemacht für ihre Tarifverträge. Denn sie wissen: Ohne verlässliche Tarifverträge geraten die Arbeitszeit und Einkommen auf die schiefe Ebene und der soziale Frieden in Gefahr.

Im vergangenen Jahr haben wieder mehr Jugendliche als in den Vorjahren zu den Gewerkschaften gefunden. Das gewachsene Vertrauen der Jugend zeigt: Wir werden die Trendwende schaffen. Ich verschweige nicht, dass wir viele Mitglieder verloren haben. Vor allem haben viele arbeitslose Kolleginnen und Kollegen die Gewerkschaften verlassen.

Aber eigene Fehler haben die Solidarität der Mitglieder auf eine harte Belastungsprobe gestellt. Trotzdem gerade der Zuspruch junger Menschen und nicht zuletzt die Streikaktionen der Studenten zeigen mir, dass es wichtigere und tiefer verankerte Werte gibt als den Dax: Das Streben nach Freiheit, nach Gleichheit in Würde und Solidarität.

Gerade die Proteste und Aktivitäten der jungen Generation sind ein Ausweis für ein wieder erwachtes Bedürfnis nach Solidarität in unserem Land. Davon werden auch die Menschen erfasst werden, die sich enttäuscht von uns abgewandt haben. Wir werden um sie werben wie auch um all jene Beschäftigte, die den Weg noch nicht zur Gewerkschaft gefunden haben. Wir werden unsere Werbeanstrengungen verstärken müssen und insbesondere bei Mini-Jobbern oder Ich-AGler um Vertrauen werben.

Wir wollen endlich dem unwürdigen Gewürge um Ausbildungsplätze ein Ende machen. Ich erwarte von der SPD-Fraktion, dass – wie versprochen – in den nächsten Wochen ein Gesetzentwurf für eine Ausbildungsumlage kommt.

Wir brauchen nach jahrelangem Versagen der Wirtschaft leider dieses Instrument, um zu verhindern, dass auch 2004 zehntausende Jugendliche wieder ohne Ausbildungsplatz bleiben. Ich betone: Wir wollen kein Gesetz, das zwischen den Branchen keine Unterschiede macht. Vereinbarungen innerhalb von Branchen und Tarifverträge müssen Vorrang vor einer gesetzlichen Regelungen bekommen. Aber dort, wo wir diese nicht haben, brauchen wir eine gesetzliche Regelung – auch um das duale System zu retten.

Ich habe bereits die faktische große Koalition der Parteien im Bundestag angesprochen. Das wirft die Frage auf, wie Gewerkschafter sich in der Politik aufstellen.

Wir werden natürlich weiter bei Parteien, Fraktionen, Regierungen und Verbänden für unsere konstruktive und an Lösungen orientierte Politik der sozial gerechten Erneuerung unseres Landes werben. Ganz gleich ob zu Innovation, Bildung oder Sozialreformen, wir haben gute, wissenschaftlich abgesicherte Konzepte. Wir werden diese entlang den Herausforderungen der Zeit weiterentwickeln.

Damit wir aber in Zeiten einer faktischen großen Koalition mit Erfolg Politik für die Menschen machen können, werden wir eine zweite Achse in unsere Politik einziehen: Wir setzen auf eine breite Bewegung für eine Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf, sich am 3. April 2004 an den Großdemonstrationen der deutschen Gewerkschaften zu beteiligen: In der Bundeshauptstadt Berlin und anderen Städten. So setzen wir den Aufruf des EGB, für ein soziales Europa zu kämpfen, real um.

Wir werden klar stellen: Politik muss mit den Menschen gemacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen wie die Gewerkschaften Reformen. Aber uns geht es um Reformen, damit es endlich wieder besser wird.

Ich will nur daran erinnern, dass führende Unionspolitiker mit ihrem Eintreten für längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich förmlich den Lohnraub predigen. Manchmal frage ich mich schon, warum zum Beispiel Edmund Stoiber vorgibt, Anwalt der kleinen Leute zu sein, um im Vermittlungsausschuss das Gegenteil zu tun.

Mit den gleichen Forderungen sind im übrigen unsere Kolleginnen und Kollegen in nahezu allen Ländern Europas konfrontiert. Überall – selbst in Polen und Tschechien – predigt die Wirtschaftslobby: Der Sozialstaat ist zu teuer, die Löhne sind zu hoch, wenn unser Umverteilungsdiktat nicht akzeptiert wird, wandern wir ins Ausland ab.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa lassen sich weder erpressen noch gegeneinander ausspielen.

Gerade weil wir ein geeintes Europa wollen, gerade weil wir ein Europa mit einer soliden Verfassung wollen, gerade weil wir ein Europa wollen, das mehr als eine Freihandelszone sein soll, rufen alle Gewerkschaften im EGB am 3. April zu dem Aktionstag auf.

Unter dem Motto: „Unser Europa – frei, gleich, gerecht“ werden wir Politikern, die einseitig und blind für die ökonomische Vernunft den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche greifen und ihre Rechte beschneiden wollen, eine glasklare Absage erteilen: Unser Sozialstaat muss erneuert werden, aber er ist kein Objekt für Abbruch-Unternehmer.

Ich freue mich, dass die Regierung erkannt hat, dass nur eine auf Innovation gepolte Wirtschaft in Zusammenarbeit mit hervorragend ausgebildeten Beschäftigten eine Chance hat, ihren Spitzenplatz als Exportweltmeister zu sichern.

Die Worte höre ich wohl, jetzt müssen Taten folgen. Wie passt es in diesen Zusammenhang, dass der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt gesunken ist? Und wie soll die Jugend verstehen, dass die Regierungen in Bund und Ländern an der Bildung sparen? Die Humboldt-Universität – einer der genannten Leuchttürme in der deutschen Bildungslandschaft – ist in einem so bedauerlichen Zustand, dass es durch die Dächer regnet.

Wir müssen größere Anstrengungen unternehmen, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Dazu müssen wir in Zukunft deutlich mehr öffentliche wie private Mittel einsetzen als bisher. Daraus folgt, unser Land kann sich weitere Steuersenkungen nicht leisten. Im Gegenteil: Vor allem die Wohlhabenden müssen endlich ihrer Steuerpflicht uneingeschränkt nachkommen.

Zum Thema Elitehochschulen: Die Gewerkschaften sind für die Förderung von Exzellenz in der Wissenschaft. Wir haben in Deutschland aber eine breit angelegte Bildungslandschaft. Wer herausragende Leistungen fördern will, muss auch in die gesamte Bildungs- und Forschungslandschaft investieren.

Um das leisten zu können, müssen wir aufhören, ständig neue Steuersenkungen zu fordern. Deutschland ist – gemessen an der Steuerquote – im internationalen Vergleich das Schlusslicht. Bei den Sozialabgaben liegen wir dagegen an der Spitze. Das ist im übrigen ein gravierendes Missverhältnis, das nach meiner Ansicht wieder ins Lot gebracht werden muss. Unser Vorschlag für ein Freibetragsmodell bei der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ist nach wie vor hochaktuell.

Die wirtschaftliche Lage ist derzeit leicht besser als 2003. Zwar sind die prognostizierten Wachstumsraten noch keineswegs befriedigend.

Nach drei Jahren Nullwachstum stimmt es aber schon hoffnungsfroh, dass die vorlaufenden Indikatoren wie Auftragseingänge nach oben zeigen. Der Wachstumsbeitrag kommt dabei überwiegend aus dem Export. Dieser Zweig unserer Wirtschaft ist durch den hohen Eurokurs zunehmend in Gefahr.

Deswegen verstehe ich die passive Politik der EZB nicht. Sie hätte vergangene Woche die Zinsen nachhaltig senken müssen, um mit Blick auf Wachstum- und Beschäftigungschancen Kurspflege zu betreiben. Das Bewusstsein für die Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung ist leider sowohl bei der EZB als auch bei den Brüsseler Galshütern eines falsch verstandenen Stabilitäts- und Wachstumspaktes noch unterentwickelt.

Die inländische Nachfrage – sowohl beim Konsum als auch bei den Investitionen – bleibt zu gering. Die im vergangenen Jahr beschlossenen Kürzungen drücken auf die Kaufkraft. Bleiben die Absatzchancen flau, ist auch kaum mit mehr Investitionen und Neueinstellungen zu rechnen.

Umso verheerender wirkt sich die seit Jahren anhaltende Miesmacherei des Standorts Deutschland aus. Es ist mir unverständlich, wie Wirtschaftsvertreter und Politiker alles tun, um Investoren von Deutschland fernzuhalten.

Ich zitiere: „Ich kann in die allgemeine Litanei, das alles schlecht ist und nichts funktioniert, beim besten Willen nicht einstimmen.

Die Bedingungen hier sind gut. Damit meine ich vor allem den hohen Standard in den Natur- und Ingenieurwissenschaften und die ausgezeichneten Technischen Universitäten und sonstigen Forschungseinrichtungen.“ Diesen Worten von Thomas Lindberger, Deutschland-Chef von General Electric kann ich mich nur anschließen.

Er führt in einem Interview mit der Zeitschrift brand1 weiter aus: „Was mich als Vertreter eines amerikanischen Unternehmens gelinde gesagt wundert und als Bürger dieses Landes ärgert: Ich halte nichts davon, den Standort mit Gewalt schlecht zu reden. Deutschland ist besser als sein Ruf.“

Ganz in diesem Sinne appelliere ich an führende Vertreter der Wirtschaft und der Politik: Pflegen Sie nicht länger Depressionen, befreien Sie unser Land von dem Mehltau, den Sie über uns gebracht haben. Das wäre der wichtigste Beitrag für ein besseres Innovationsklima.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Meine Vorstandskolleginnen und -kollegen bitte ich jetzt um ergänzende Statements.